

Transparency International Deutschland e.V.

Geschäftsbericht 2. Halbjahr 2006 (1. Juli 2006 bis 31. Dezember 2006)

1. Einleitung

In den vergangenen beiden Jahren wurde im Herbst ein Jahresbericht vorgelegt, der über die Arbeit von Transparency Deutschland vom 1. Juli bis 30. Juni berichtete. Wir haben uns entschieden, den Berichtszeitraum dem Kalenderjahr anzupassen. Dies folgt einer steuerrechtlichen Empfehlung und entspricht auch der Praxis der meisten Vereine. Daher ist dies ein Übergangsbericht und deckt den Zeitraum vom 1. Juli 2006 bis 31. Dezember 2006 ab.

Zwei wesentliche Umstände prägten in besonderer Weise das zweite Halbjahr 2006. Die Korruption in der Wirtschaft erreichte durch den Siemens-Skandal ein neues Höchstmaß öffentlicher Aufmerksamkeit. Durch die Mitgliedschaft von Siemens, die schon seit Sommer 2004 geruht hatte, standen wir auch als Verein vor einer Herausforderung: Wir mussten den (vereins-)rechtlichen Anforderungen gegenüber einem Mitglied genügen, den jeweiligen Ermittlungsstand berücksichtigen und unser Vorgehen unter hohem öffentlichen Druck nach außen und innen vermitteln. Die Beendigung der Mitgliedschaft aufgrund eines entsprechenden Schreibens des Vorsitzenden von Siemens am 15.12.2006 hat weitere Auseinandersetzungen oder gar einen Rechtsstreit vermieden und einen Schaden an unserer Reputation verhindert.

Dies vollzog sich vor dem Hintergrund einer ungewöhnlichen Situation. Durch Krankheitsfälle war die personelle Besetzung der Geschäftsstelle zu einem Zeitpunkt dramatisch reduziert, in der der Höhepunkt der jährlichen Arbeit (Veröffentlichung CPI, BPI und Global Corruption Barometer; Mitgliederversammlung; AMM und IACC; Staatsanwältekonferenz; Neumitgliederseminar) mit der Siemenskrise zusammentraf. Die Mitarbeiterinnen und Praktikanten leisteten Bewundernswertes. Ehrenamtliche – allen voran der Führungskreis – übernahmen zusätzliche Aufgaben. Im Ergebnis konnten wir diese enorme Beanspruchung gut bewältigen und damit die Robustheit unserer stark auf ehrenamtlichem Engagement basierenden Struktur unter Beweis stellen.

2. Aktivitäten

2.1. Arbeitsgruppen

Entwicklungszusammenarbeit

Überlegungen/Anregungen zur weiteren Verbesserung der Korruptionsprävention auf operativer Ebene durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sind zusammengestellt worden. Sie werden in der AG weiter erörtert und ergänzt. Der unmittelbare Dialog mit dem BMZ wird auf dieser Grundlage im Jahr 2007 intensiviert.

Wirtschaft

Die AG hat im zweiten Halbjahr 2006 den ersten Entwurf eines „Self-Audit“ vorgelegt. Mit dieser Checkliste können Unternehmen ihren eigenen Stand in der Korruptionsprävention einschätzen.

OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

Die von der AG erarbeitete Beschwerde gegen das Pharmaunternehmen ratiopharm wegen fragwürdiger Marketingpraktiken und damit Verstoßes gegen die OECD-Leitsätze wurde von der Nationalen Kontaktstelle (NKS) im Bundeswirtschaftsministerium mit der Begründung nicht angenommen, dass die NKS anderer Länder zuständig seien. Die AG wies darauf hin, dass Deutschland die Muttergesellschaft von ratiopharm beheimate und ein gravierender Teil der Vorgänge in Deutschland stattgefunden habe. Die NKS blieb jedoch bei ihrer Ablehnung.

Gesundheit

Die AG hat ein Papier „Einfallstore für Missbrauch, Verschwendung, Betrug und Korruption, im deutschen Gesundheitswesen, die im Zusammenhang mit der Reform des Gesetzes geschlossen werden müssen“ erarbeitet, auf deren Basis im ersten Quartal 2007 Gespräche mit den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Bundestagsfraktionen gesucht werden. Das Papier behandelt die Bereiche Chipkartenmissbrauch, Abrechnungsbetrug, die Rolle der Ärzte und Pharma- und Medizingeräte-Industrie sowie Ombuds-Systeme.

Politik

Die AG hat in einer Stellungnahme an das Bundesverfassungsgericht erneut die überfällige Veröffentlichung der Abgeordneten-Nebentätigkeitsbezüge gefordert und Regeln zur Zulässigkeit von Nebentätigkeiten von Abgeordneten angemahnt. Anfang September hat Transparency in Kooperation mit der AG IFG/Nord den Bundestagspräsidenten Dr. Lammert um Einsicht in das von ihm in Auftrag gegebene Gutachten zum Thema „Nebentätigkeiten von Abgeordneten“ von Prof. Battis gebeten. Transparency Deutschland stellte somit erstmals Antrag auf Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes.

Informationsfreiheit

Das Informationsfreiheitsgesetz *Mecklenburg-Vorpommern* ist am 29. Juli 2006 in Kraft getreten. Die AG IFG/Nord hat sich anschließend - unterstützt von Transparency-Mitgliedern vor Ort – mehrfach öffentlich mit der Informationskostenverordnung des Landes wegen möglicherweise abschreckend wirkend hoher Gebühren kritisch beschäftigt. Zum 1. August 2006 sind die Informationsfreiheitsgesetze in *Bremen* und *Hamburg* in Kraft getreten. Die AG IFG/Nord hat die Bestrebungen der Landesregierung *Schleswig-Holstein*, das seit Anfang 2000 existierende Informationsfreiheitsgesetz in entscheidenden Punkten zu verschlechtern, zusammen mit anderen Organisationen und NGOs erfolgreich abwehren können. In *Niedersachsen* sind die gemeinsamen Bemühungen von Regional- und Arbeitsgruppe, Sympathisanten für ein Landes-Informationsfreiheitsgesetz zu gewinnen, bisher nur von geringem Erfolg gewesen. In *Hessen* haben die Fraktionen von Grünen und SPD am 30. August 2006 einen Antrag für ein Hessisches Informationsfreiheitsgesetz eingebracht. Transparency hat auf Einladung des Innenausschusses eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf abgegeben. Der Landtag des *Saarlandes* hat am 12. Juli 2006 in zweiter Lesung das Saarländische Informationsfreiheitsgesetz angenommen. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt ist es in Kraft getreten. Den Gesetzgebungsprozess hatte die AG IFG/Süd begleitet. Die beiden Entwürfe für ein *bayerisches IFG* von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und von der SPD-Fraktion wurden am 18.10.06 im Bayerischen Landtag in zweiter Lesung abgelehnt, was vom durch die AG Süd mitgetragenen Bündnis „Informationsfreiheit für Bayern“ öffentlich kritisiert wurde. Zur Arbeit der Initiative gehört eine aktuelle Berichterstattung in Sachen Informationsfreiheit in Bund und Ländern über die Webseite www.informationsfreiheit.org.

Kommunen

Nach einigen Überarbeitungen und Ergänzungen wurde das Papier „Handreichung für ein kommunales Integritätssystem - Das 4-Säulen-Modell“ der AG endgültig vom Vorstand beschlossen und veröffentlicht.

Berlin/Brandenburg

Die AG hat den 28 in Berlin zur Wahl antretenden Parteien Wahlprüfsteine mit Fragen zur Transparenz von Politikerhandeln, politischen Entscheidungen und Verwaltungsabläufen übermittelt. 10 Parteien haben geantwortet, darunter alle bereits im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien (SPD, CDU, Die Linkspartei.PDS, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP).

2.2. Regionalgruppen

Die erfolgreiche Arbeit der bestehenden Regionalgruppen Berlin/Brandenburg, Frankfurt/Rhein-Main, München, Niedersachsen, Ostwestfalen-Lippe, Rheinland und Thüringen/Sachsen/Sachsen-Anhalt konnte durch zwei neue Regionalgruppen in Baden-Württemberg und in Bremen ergänzt werden. Damit hat Transparency Deutschland Ende 2006 neun funktionierende Regionalgruppen.

Eine ergänzende und ausführlichere Darstellung der Aktivitäten von Arbeits- und Regionalgruppen findet sich in den Übersichten zu „Vorhaben von Regionalgruppen und Themen-Arbeitsgruppen“, die jeweils für das Führungskreistreffen in Eisenach in 2006 und 2007 erstellt wurden und im Mitgliederbereich der Website abrufbar sind.

2.3. Vereinsebene

Im Juli 2006 ist Transparency Deutschland Mitglied der neu gegründeten Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V. geworden. Die Vereinigung will die Transparenz öffentlichen Handelns erhöhen und die Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern in der Verwaltungs- und Rechtspraxis mit Leben erfüllen.

Am 14. November 2006 hat Transparency Deutschland dem Bundesministerium der Justiz nach Anfrage eine Stellungnahme zum „Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption“ zugeleitet, in dem auf die Beschränkungen des Ordnungswidrigkeitengesetzes hingewiesen und bedauert wurde, dass der Entwurf die Reform des §108e StGB ausklammert. Die Staatsanwältekonferenz von Transparency Deutschland und der Friedrich-Ebert-Stiftung, die alle zwei Jahre stattfindet, stand dieses Mal unter dem Thema „Justizielle Ressourcen der Korruptionsbekämpfung in Deutschland“. Wie üblich folgte auf den internen Meinungsaustausch der Staatsanwälte untereinander und mit Transparency-Experten eine Konferenz mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter als Referenten Minister Günther Beckstein, Generaldirektor Franz-Herrmann Brüner (OLAF) und Staatssekretär Lutz Diwell (BMJ).

Vom 13. bis 18. Dezember 2006 fand zunächst das AMM (Annual Membership Meeting) der internationalen Bewegung und anschließend die IACC (International Anti-Corruption Conference) in Guatemala statt. Fünf Vertreterinnen und Vertreter von Transparency Deutschland reisten hierzu nach Guatemala. Beim AMM diskutierten über 300 Personen aus nationalen Chapters und dem internationalen Sekretariat über strategische Fragen der Bewegung. Höhepunkt der IACC war die Unterzeichnung einer Erklärung gegen die Korruption (14 Punkte-Programm) durch acht Staatspräsidenten Mittelamerikas. Über 1.200 Expertinnen und Experten aus über 100 Ländern nahmen an der Konferenz teil. Zum Programm steuerte Transparency Deutschland zwei Workshops zu „Korruption im Sport“ und zu „Corporate Accountabilitiy/OECD-Leitsätze“ bei.

3. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mit der Erstellung unseres zweimal wöchentlich erscheinenden Pressespiegels, den alle Mitglieder und Fördernde abonnieren können, verbinden wir eine eingeschränkte Analyse der Nennung von Transparency in den Medien. Danach wurde im 2. Halbjahr 2006 Transparency 945 Mal in regionalen und überregionalen Print- und Online-Medien genannt. Im gesamten Vorjahr geschah das 1008 Mal. Damit wurde fast eine Verdopplung erzielt. Hier spielte allerdings die Siemens-Affäre eine erhebliche Rolle: in diesem Zusammenhang wurde Transparency 487 Mal genannt.

Im Halbjahreszeitraum hat Transparency Deutschland 11 Pressemitteilungen herausgegeben, nach 28 bzw. 19 Pressemitteilungen in den beiden vorherigen Jahresberichtszeiträumen. 5 dieser 11 Pressemitteilungen wurden gemeinsam mit anderen NGOs oder Organisationen herausgegeben. Dies ist die konsequente Umsetzung der „Koalition gegen Korruption“. In vier Pressekonferenzen hat sich Transparency Deutschland über die Medien an die Öffentlichkeit gewandt. Am 29. August 2006 wurde die Auswertung der Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl der Öffentlichkeit vorgestellt. Am 4. Oktober 2006 wurde der Bribe Payers Index 2006 in der Bundespressekonferenz präsentiert: bei dieser Gelegenheit wurde über die Umsetzung der OECD-Konvention in Deutschland berichtet. Am 6. November 2006 stellte Transparency Deutschland gemeinsam mit Transparency International die Ergebnisse des Corruption Perceptions Index 2006 im Berliner Rathaus vor. Eine besondere Betonung erfuhr die ausbleibende Anpassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung an die Vorgaben der UN-Konvention gegen Korruption. Am 8. Dezember 2006 wurden in der Friedrich-Ebert-Stiftung Forderungen nach einer besseren Ausstattung der Staatsanwaltschaften vorgetragen.

Die zentrale strategische Bedeutung unserer Website in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde in der fortlaufenden redaktionellen Überarbeitung umgesetzt. Exakte Zugriffszahlen können für den Berichtszeitraum nicht vorgelegt werden, da es im Berichtszeitraum zu einem Providerwechsel kam.

4. Vereinsthemen

Die Mitgliedschaft konnte weiter gesteigert werden. Die Anzahl der natürlichen Mitglieder stieg von 637 am 1. Juli 2006 auf 692 am 31. Dezember 2006. Dies ist eine Steigerung von neun Prozent im Halbjahr. Bei den korporativen Mitglieder blieb durch die Zahl der Ein- und Austritte die Gesamtanzahl mit 35 gleich. Die Anzahl der korporativen Mitglieder auf Gegenseitigkeit stieg durch einen Beitritt vom und beim European Healthcare Fraud & Corruption Network von sechs auf sieben.

Am 14. September 2006 erhob der Deutsche Diabetiker Bund e.V. (DDB) Klage gegen Transparency International Deutschland e.V. mit dem Vorwurf, Transparency habe im Rahmen der Pressekonferenz am 16. Mai 2006 den DDB als „Musterbeispiel für Korruption im Gesundheitswesen“ dargestellt. Das Gericht hat die Klage inzwischen abgewiesen.

Am 10. Oktober 2006 kam der Beirat zu seiner jährlichen Sitzung im Haus der Caritas in Berlin zusammen. Dabei legte Freimut Duve wie geplant den Vorsitz des Beirates nieder und Dr. Hedda von Wedel wurde zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Am 28. Oktober 2006 fand in Berlin die Jahresmitgliederversammlung von Transparency Deutschland in den Räumen der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) statt. Die Versammlung bestätigte die Kooptation von Sylvia Schenk in den Vorstand. Im Anschluss an die Sitzung wählte der Vorstand Sylvia Schenk zur stellvertretenden Vorsitzenden. Diese Position war seit dem Tod von Justus Woydt am 1. März 2006 vakant gewesen. An die Mitgliederversammlung schloss sich ein gemütliches Beisammensein an, das die Gelegenheit zu Gesprächen und zum Austausch bot.

Das zweite Einführungsseminar im Jahr 2006 fand mit 20 Mitgliedern und Interessierten am 24. und 25. November in Bad Blankenburg/Thüringen statt. Nach den Rückmeldungen planten viele der Teilnehmenden, sich aktiv für Transparency zu engagieren.

5. Finanzen und Mitgliederwerbung

5.1. Prüfung

Die Prüfung der Vereinsfinanzen für das Jahr 2006 erfolgte im Mai und Juli 2007 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte. Mit ihrem Bericht erteilten die Prüfer dem Verein einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Das heißt, dass die Buchführung des Vereins vollständig und gewissenhaft vorgenommen worden ist und die Prüfung insgesamt zu keinerlei Einwänden geführt hat.

5.2. Einnahmen

Die Einnahmen sind 2006 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, nämlich um rd. 18% auf 202.171 Euro (2005: 247.144 Euro). Dieser spürbare Rückgang liegt in der Hauptsache an einem Rückgang der Einnahmen aus Bußgeldern. Hier hatten wir im Jahr 2005 zwei sehr hohe Bußgelder, eines in Höhe von 22.500 Euro und eines in Höhe von 40.000 Euro, erhalten. Die Einnahmen aus Bußgeldern sanken auf 36.000 Euro (2005: 82.850 Euro).

Durch den kontinuierlichen Anstieg der natürlichen Mitglieder sind die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen auf 46.101 Euro gestiegen (2005: 36.926 Euro). Erstmals haben wir im Jahr 2006 die Einnahmen von Fördernden separat ausgewiesen. Dies sind Nichtmitglieder, die uns regelmäßig (monatlich oder jährlich) Geld spenden. Im Jahr 2006 beliefen sich die Einnahmen hier auf 3.850 Euro (2005: 0 Euro).

Die Mitgliedsbeiträge der korporativen Mitglieder von insgesamt 74.773 Euro (2005: 87.206 Euro) sind ebenso zurückgegangen wie die Spenden der Firmenmitglieder mit 3.357 Euro (2005: 13.857 Euro). Bei den Mitgliedsbeiträgen schlugen die ruhenden Mitgliedschaften der DaimlerChrysler AG und der Siemens AG zu Buche. Bei den Spenden waren im Jahr 2005 im größeren Umfang zweckgebundene Spenden für eine Veranstaltung von Transparency in Passau erfolgt. Die Spenden unserer natürlichen Mitglieder haben sich ebenfalls verringert, auf 8.888 Euro (2005: 11.715 Euro).

Positiv zu vermerken ist, dass sich die Spenden von Nichtmitgliedern auf 14.811 Euro (2005: 10.402 Euro) erhöht haben, obwohl erstmals die Fördernden separat ausgewiesen wurden, die sich bisher ebenfalls in dieser Kategorie befanden.

5.3. Ausgaben

Die Ausgaben mit 219.852 Euro (2005: 199.366 Euro) stiegen um zehn Prozent. Den größten Ausgabeposten bildete der Personalaufwand mit 118.105 Euro (2005: 92.180 Euro). Die Steigerung liegt auch in der Schaffung zusätzlicher Personalkapazitäten begründet. Konstant blieben die Reise- und Veranstaltungskosten mit 33.276 Euro (2005: 33.524 Euro).

Rückläufig waren die Kosten für Bürobedarf, Literatur, Kommunikation mit 15.875 Euro (2005: 25.656 Euro) und Werbe- und Repräsentationskosten mit 1.987 Euro (2005: 8.255 Euro). Erheblich stiegen die Rechts- und Beratungskosten mit 21.813 Euro (2005: 25 Euro). In diesem Betrag ist allerdings zum einen eine Rückstellung für Prozesskosten in Höhe von 13.500 Euro für eine in zweiter Instanz anhängige Unterlassungsklage des Deutschen Diabetiker Bundes e.V. und zum anderen eine Rückstellung für Steuerberatungskosten im Zusammenhang mit der Klärung der Voraussetzungen einer Rücklagenbildung enthalten.

5.4. Ergebnis

Nach Berücksichtigung von Zinsen und ähnlichen Erträgen und Aufwendungen sowie außerordentlichen Erträgen verbleibt ein Jahresfehlbetrag von -13.688 Euro (2005: 48.290 Euro). Dieser Jahresfehlbetrag entspricht ungefähr der Rückstellung für das zum Bilanzierungszeitpunkt anhängige Gerichtsverfahren in Höhe von 13.500 Euro, für das nach inzwischen erfolgreichem Verlauf im Jahr 2007 die Rückstellung aufgelöst werden kann. Da im Gegensatz zu den Vorjahren nicht das gesamte Vermögen als Rücklagen eingestellt wird, ergibt sich ein positives Bilanzergebnis von 45.238 Euro (2005: 0 Euro). Abzüglich des Sachanlagevermögens sind diese Mittel satzungsgemäß spätestens im Jahr 2007 zu verwenden.

5.5. Rücklagen

Im Einvernehmen mit dem zuständigen Finanzamt wurden aus finanztechnischen Gründen die bestehende Betriebsmittelrücklage und die zweckgebundene Rücklage zum 31. Dezember 2006 aufgelöst. Zum 31.12.2006 wurde eine neue Betriebsmittelrücklage in Höhe von 50.000 Euro gebildet. Die freie Rücklage wurde durch Zuführung von 19.331 Euro zum 31. Dezember 2006 auf 53.259 Euro erhöht.

5.6. Weihnachtsbrief

Am Ende des Jahres wurde die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder und Förderer“ wiederholt. Alle Mitglieder von Transparency Deutschland wurden mit einem Brief angeschrieben und darum gebeten, in ihrem Bekannten-, Freundes- oder Kollegenkreis weitere Mitglieder und Fördernde für Transparency Deutschland zu werben.

5.7. Namen der Personen, Organisationen oder Unternehmen, die Transparency International Deutschland e.V. im Jahr 2006 insgesamt mindestens 1.000 Euro im Rahmen von Geldspenden, Sachspenden, Mitgliedsbeiträgen und Projektbeiträgen zugewendet haben:

I. Einzelpersonen

Prof. Dr. Hansjörg Elshorst	1.150,42 €	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Caspar von Hauenschild	2.080,00 €	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Karenina Schröder	1.180,00 €	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Folkard Wohlgemuth	2.540,00 €	(Spende und Mitgliedsbeitrag)

II. Unternehmen, Organisationen, Kommunen

ABB AG	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
All-Exchange GmbH	1.500,00 €	(Spende)
Allianz AG	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Bundesagentur für Arbeit	4.500,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
BASF AG	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Berliner Volksbank eG	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Business Keeper AG	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Control Risks Deutschland GmbH	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Deutsche Bahn AG	5.113,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Deutsche Lufthansa AG	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Deutsche Telekom AG	2.000,00 €	(Spende)
Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Fraport AG	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)

GFA Holding AG	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
GOPA mbH	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
GTECH GmbH	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
GTZ GmbH	2.607,59 €	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Hochtief AG	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	2.750,00 €	(Spende und Mitgliedsbeitrag)
Pfalzkllinikum für Psychiatrie und Neurologie AdÖR	2.500,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
PricewaterhouseCoopers AG		
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Robert Bosch GmbH	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
RODECO Consulting GmbH	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Schering AG	5.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Stadt Halle (Saale)	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Stadt Hilden	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Stadtwerke Bonn GmbH	1.500,00 €	(Mitgliedsbeitrag)
Verein der Freunde der Wirtschaftsjunioren Karlsruhe e.V.	1.500,00 €	(Spende)
Vivico Real Estate GmbH	1.000,00 €	(Mitgliedsbeitrag)

Transparency International Deutschland e.V.
 Alte Schönhauser Str. 44
 D-10119 Berlin
 office@transparency.de
 Tel: 030-549898-0
 Fax: 030-549898-22
www.transparency.de